

„Verpflichtung hat eher psychologischen Charakter“

Carlo Thelen: Praxis wird Umsetzbarkeit und Wirkungsgrad der Maßnahmen zeigen

Die Wahrung der Preisstabilität ist im Koalitionsabkommen vom August 2004 eingeschrieben, wobei ausdrücklich auf die inflationären Begleiterscheinungen der automatischen Lohnanpassung hingewiesen wird. Um die Kaufkraft zu gewährleisten, hatten die Gewerkschaften der Arbeitgeberseite und der Regierung bei der Tripartite-Runde 2006 die Zusage zu freiwilligen Vereinbarungen zur Inflationsbekämpfung abgerungen. Dieses Abkommen liegt seit gestern vor und tritt heute in Kraft. Noch Mitte Februar hatte LCGB-Präsident Robert Weber im „d'Wort“-Interview kritisiert, dass der Handelsverband nicht an einer Einigung interessiert sei und stattdessen jede Index-Tranche einzeln auf die Verkaufspreise übertrage.

Für Robert Weber ist die freiwillige Verpflichtung zu moderaten Preisen vor allem aus psychologischer Sicht sehr wichtig. Sie trage dazu bei, das Vertrauen der Konsumenten, das angesichts der



Die freiwillige Verpflichtung muss ihre Wirksamkeit erst noch unter Beweis stellen. (FOTO: MARC WILWERT)

Inflationsgefahr doch arg gelitten habe, wieder herzustellen: „Jede Maßnahme zur Inflationsbekämpfung ist willkommen.“ Was die konkreten Auswirkungen betrifft, zeigt sich der LCGB-Präsident eher skeptisch. Gleichzeitig wundert sich der Gewerkschafter, dass

es fast zwei Jahre gedauert hat, bis die Beschlüsse der Tripartite endlich umgesetzt wurden: „Die Maßnahme war überfällig.“ so Weber. Dass nun endlich reagiert wurde, führt er auch auf den Druck des LCGB zurück, der in der Vergangenheit nicht müde wurde, vor der Inflationsgefahr zu warnen. Allerdings müsse Wirtschaftsminister Krecké weiterhin seine Hausaufgaben machen, wenn man die Inflation endlich in den Griff bekommen wolle.

Bei der Handelskammer begrüßt man, dass Arbeitgeber und Regierung eine Vereinbarung auf freiwilliger Basis getroffen hätten. „Die Praxis wird nun zeigen, inwieweit die einzelnen Maßnahmen umsetzbar sind und welche Wirkung sie auf die Inflation haben“, so Carlo Thelen in einer ersten Reaktion. Als besonders schwierig erachtet der Chefvolkswirt der Chambre de commerce die Indexentkopplung der staatlichen Verträge und die Umsetzung einer vorsichtigen Gebüh-

renpolitik durch Staat und Gemeinden (prix administrés). Letztere müsse nämlich vereinbar bleiben mit der Gemeindeautonomie.

Handlungsbedarf sieht Thelen bei den Lieferverträgen. Es handelt sich hier um Exklusivverträge mit ausländischen Zwischenhändlern, wo die luxemburgischen Geschäftsleute keinerlei Spielraum besitzen. Die Regierung sei gefordert, die Europäische Kommission von diesem Wettbewerbsnachteil zu überzeugen. Außerdem müsste dahingehend Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die historisch gewachsenen Verteilerstrukturen aufgebrochen würden und Luxemburg zur Drehscheibe der Großregion aufsteigen könne. Schließlich hofft der Chefökonom der Handelskammer darauf, dass sich die Arbeitnehmerseite auch an die Tripartite vom April 2006 erinnert, wo man sich auf eine gemäßigte Lohnpolitik verständigt habe. „Die Lohnforderungen dürfen die Produktivität nicht überschreiten.“ (DS/mas)